



Grundschulempfehlungen sind von hoher pädagogischer Verantwortung geprägt.

Elternrecht und Staatsverpflichtung am Kindeswohl orientiert!

Dem Vorstoß von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Grundschulempfehlungen abzuschaffen, erteilt der nordrhein-westfälische Philologen-Verband eine generelle Absage. In der heutigen Landtagsanhörung betonte der Philologen-Verband, dass die aktuelle nordrhein-westfälische Regelung eine ausgewogene Balance zwischen Elternwahlrecht und der Verpflichtung des Staates vollzieht, wonach für die Aufnahme in die weiterführende Schulform gemäß Artikel 10 der Landesverfassung Anlage und Neigung des Kindes maßgebend sind.

„Den Grundschullehrerinnen und -lehrern 'staatlich verordnete Hellschere' zu unterstellen, zeugt von tiefem Misstrauen gegenüber der Prognosefähigkeit der Grundschullehrer. Im letzten Schuljahr wurden nur 1,3 Prozent der betroffenen 176.000 Viertklässlerinnen und Viertklässler zum Prognoseunterricht angemeldet. Bei diesem Prognoseunterricht bestätigten wiederum 2/3 aller Fälle die Grundschulempfehlungen. Danach haben in den letzten Jahren 99 Prozent der Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse eine Empfehlung für die weiterführende Schule erhalten, die auch dem Wunsch der Eltern gerecht wird“, so Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologen-Verbandes.

Wichtig ist gewiss auch, dass nach dem Wechsel an eine weiterführende Schule in recht kurzen Zeitabständen während der Schullaufbahn des Kindes von der 5. bis zur 7. Klasse immer wieder überprüft wird, ob der Besuch einer anderen weiterführenden Schule empfohlen werden kann. Darüber hinaus funktioniert die Durchlässigkeit vor allem auch nach dem Erreichen eines Bildungsabschlusses. „Es gibt in Nordrhein-Westfalen keinen Abschluss ohne weitere Anschlussmöglichkeiten“, hebt Peter Silbernagel hervor.

>>

Die von der GRÜNEN-Partei empfohlenen 'Individuellen Lernentwicklungsberichte', die an die Stelle von Grundschulempfehlungen treten sollen, lösen kein Problem. Man kann sich nicht der Verantwortung entziehen, Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Schulformen und differenzierten Bildungsgängen eine gute schulische Förderung und Unterstützung zukommen zu lassen.

Düsseldorf, 27.01.1010

gez. Klaus Schwung
- Pressesprecher -